

**Die Politik der Kriminalprävention in Wien<sup>1</sup>**  
Workpackage 4 des EU-Projekts  
„Insecurity in European Cities“ (InSec)

Deutschsprachige Kurzfassung

Wolfgang Stangl und Birgit Zetinigg  
Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien

## **I. Problem- und Fragestellung**

Gegenstand dieses Kapitels vier des InSec-Projekts ist die Darstellung und Interpretation der Formen von Kriminalprävention im Bereich der Stadt und zugleich des Bundeslandes Wien. Der Bericht ist auf Wien konzentriert und nimmt keinen Vergleich mit den vier anderen, ebenfalls untersuchten Städten vor (es sind dies Amsterdam, Hamburg, Krakau und Budapest).

In unseren Überlegungen folgten wir dabei einerseits dem theoretischen Programm, das dem InSec-Projekt zugrunde liegt und das der gesellschaftstheoretisch begründeten Annahme folgt, dass in europäischen Gesellschaften Kriminalprävention an Stellenwert gewinnt, je stärker der gesellschaftliche Zusammenhalt (gesellschaftliche Integration) durch Auswirkungen ökonomischer, sozialer und kultureller Globalisierung unter Druck gerät. Zum zweiten wurde angenommen, dass die fortschreitende Tendenz zur Vereinzelung von Menschen durch die abnehmende Bindungs- und Orientierungskraft von traditionellen Institutionen wie Kirchen, Familien, Gewerkschaften, oder Parteien Kriminalprävention in den Städten ein Medium sein könnte, um vor allem in (sozial benachteiligten) Stadtteilen neue Formen von städtischer Kohäsion herstellen zu können.

Wir sind in diesem Kapitel aber auch den Überlegungen und Ergebnissen gefolgt, die insbesondere in Abschnitt eins des InSec-Projekts vorgelegt worden sind und in dem ein Profil der Stadt Wien in Hinsicht auf die gegenwärtigen ökonomischen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten entworfen worden war. Hinsichtlich der Kriminalitätsentwicklung, der Einstellung der Bevölkerung zu diesem Phänomen sowie zu Fragen von Sicherheit und Vertrauen in die Polizei und andere staatliche Systeme zeigen die Ergebnisse folgendes: Die Kriminalitätsentwicklung in dieser Stadt ist (trotz der Steigerung im letzten Jahr) im internationalen Vergleich erstaunlich moderat, die Angst der Bevölkerung vor Kriminalität durchschnittlich gering, das Vertrauen in den Staat vergleichsweise hoch.

Mit Blick auf die theoretischen Grundlinien des Gesamtprojekts und den empirischen Ergebnissen rund um das Phänomen der Wiener Kriminalität haben wir die Frage untersucht, wie Kriminalprävention in dieser Stadt verstanden wird, von welchen Organisationen oder Initiativen sie wahrgenommen oder eingefordert wird und schließlich durch welche Maßnahmen, Programme und Organisationsformen die Verhütung von Kriminalität in Wien umgesetzt wird.

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um die deutschsprachige Kurzfassung des in englischer Sprache verfassten Forschungsberichts im Rahmen des EU-Projekts „Insecurities in European Cities“ (InSec). Die englische Langfassung kann angefordert werden unter: wolfgang.stangl@univie.ac.at

## **II. Methodischer Zugang**

Es gibt keine Landkarte der Wiener Kriminalprävention und es bedürfte einer eigenen großen empirischen Studie, um alle Organisationen und Initiativen zusammen zu stellen und auch zu würdigen, die in diesem Feld tätig sind. Hinsichtlich der Sammlung von einschlägigen Organisationen mussten wir uns somit damit begnügen, die Tätigkeit für die Kriminalprävention typischer Organisationen zu dokumentieren.

Unberücksichtigt bleiben in diesem Bericht auch die Routinetätigkeiten von Polizei und Gerichten, wohl aber widmen wir den expliziten Präventionsprojekten der Wiener Polizei besondere Aufmerksamkeit (es sind dies die Kontaktbeamten und der kriminalpolizeiliche Beratungsdienst).

In unserer Untersuchung stellen wir zunächst die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Kriminalprävention dar und zitieren die einschlägigen Bestimmungen anhand einer Auswahl von Gesetzen (Verfassungsbestimmungen, Strafgesetzbuch, Sicherheitspolizeigesetz, Suchtmittelgesetz, Waffengesetz, Jugendwohlfahrtsgesetz), Verordnungen und Erlässen.

Anschließend erfolgt die Darstellung der polizeilichen Organisationsformen und Tätigkeiten im Präventionsbereich, wobei Sicherheitswache und Kriminalpolizei gesondert zur Darstellung gelangen.

Hierauf wird die städtische Ebene hinsichtlich der Organisationen und Initiativen untersucht die für unsere Fragestellung relevant erschienen. Insgesamt werden neun typische Organisationen dargestellt.

Im kurzen nachfolgenden Abschnitt werden die Konturen des privaten Sicherheitsmarktes untersucht und seine Bedeutung im Bereich der Prävention im Vergleich zu internationalen Entwicklungen und Gegebenheiten skizziert.

Als letzte Ebene haben wir die auf die Kriminalprävention gerichteten Organisationen und Initiativen untersucht, die in den Untersuchungsgebieten bzw. in den Bezirken der Leopoldstadt, von Floridsdorf und der Donaustadt tätig sind. 12 Initiativen/Organisationen gelangen zur Darstellung.

Die Informationen in diesem Bericht wurden durch Experteninterviews und die Sammlung von Jahresberichten, Festschriften, Projektberichten, Statistiken und anderen Dokumenten gewonnen, die uns von Vertretern der Organisationen zur Verfügung gestellt worden sind.

Abschließend wollen wir in diesem Methodenabschnitt noch betonen, dass wir uns bei der Darstellung und auch Bewertung der kriminalpräventiven Tätigkeiten an der Selbstbeschreibung der Organisationen orientiert haben. Deren Selbstverständnis von Kriminalprävention war für unsere Analyse ausschlaggebend und sie findet sich auch im Bericht dokumentiert.

## **III. Die wichtigsten Ergebnisse**

Hinsichtlich der gesetzlichen Bestimmungen zur Kriminalprävention kann festgehalten werden, dass dieses Thema einen vergleichsweise geringen Stellenwert in der Legistik einnimmt. Ein Präventionsgesetz wie z.B. in Großbritannien der „Crime and Disorder Act“ aus dem Jahr 1998, in dem eine nationale Präventionsstrategie entwickelt und gesetzlich verbindlich formuliert worden ist, ist in Österreich unbekannt.

Grundlage der kriminalpräventiven Tätigkeit aller Corps der Polizei und der Gendarmerie ist § 25 Sicherheitspolizeigesetz samt einiger Verordnungen und Erlässe.

Bezogen auf Wien gehen wir im Folgenden auf die Kriminalpolizeiliche Beratungsdienst (KBD) und die Kontaktbeamten der Sicherheitswache näher ein.

### **Kriminalpolizeiliche Beratung**

Das Wiener Sicherheitsbüro wurde in den frühen 70er Jahren aktiv um kriminalpräventives Wissen in der Bevölkerung zu verbreitern. Es waren vor allem britische Polizeierfahrungen die in Wien dafür genutzt wurden, kriminalpräventive Aktivitäten zu initiieren. Seit 1974 gibt es den „Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst“ (KBD), (heute) ein Referat der Kriminaldirektion III im Kriminalamt der Bundespolizeidirektion Wien, das aus einem Beratungszentrum (in der Andreasgasse 4 im 7. Wiener Gemeindebezirk) für die Prävention von Eigentumsdelikten besteht. BürgerInnen sowie Geschäfts- und Wirtschaftstreibenden der Stadt wird die Möglichkeit angeboten, sich von geschulten BeamtInnen einschlägig informieren und beraten zu lassen.

Zu diesem Büro zählen auch noch die Gruppen „Gewaltprävention“ und die Gruppen „Sexualdeliktsprävention“.

#### - Gruppe Vermögensprävention

Die Beratung im Beratungszentrum ist kostenlos und anonym und wird durch die Gruppe „Sicherheitstechnik“ durchgeführt. Modelle von einbruchssichernden Türen, Fenstern und Gerätschaften werden in den Räumlichkeiten ausgestellt und die Interessenten werden von SpezialistInnen der Wiener Polizei beraten.

Im Jahr 2002 suchten 1315 Interessierte das Zentrum persönlich auf, 1840 telefonische Anfragen wurden bearbeitet, und in 594 Fällen wurden von den BeamtInnen Beratungen vor Ort durchgeführt.

Zu den Aktivitäten gehört auch die Präsenz bei entsprechenden Sicherheitsmessen und –Veranstaltungen, bei denen ebenfalls Beratungen vorgenommen werden.

#### - Gruppe Gewaltprävention

Acht BeamtInnen des KBD sind in diesem Bereich tätig. Ihr primäres Aufgabengebiet ist die Kinder- und Jugendbetreuung in familiären Zusammenhängen, aber auch in Parks und anderen öffentlichen Bereichen. In Zusammenarbeit mit der Wiener Interventionsstelle werden auch geschlagene Frauen betreut. Für das Jahr 2002 sind 220 derartige Kontakte registriert.

Die Betreuung von Fußballanhängern (im wesentlichen jener der beiden Wiener Großclubs Rapid Wien und Austria Wien) ist ein weiterer Arbeitsschwerpunkt. Kooperationen mit der Österreichischen Bundesliga bestehen.

Schließlich ist noch die Seminartätigkeit zum Themen der Gewalt in Wiener Schulen zu erwähnen. Laut Jahresbericht wurden 2002 insgesamt 199 Wiener Schulklassen betreut.

#### - Gruppe Suchtprävention

Drei Personen arbeiten zur Zeit als SuchtexpertInnen, die auch als Suchtberater für legale wie illegale Drogen und auch andere Suchtformen ausgebildet sind. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen Schulen, in denen zum einen Vorträge für Schüler, Eltern aber auch Lehrer und Schulärzte angeboten werden. Im Jahr 2002 fanden 322 derartige Schulveranstaltungen statt.

Ein anderes Tätigkeitsfeld ist die Peer-Ausbildung in Schulen mit dem Ziel, entsprechend angeleitete ältere Schüler zu motivieren, jüngeren Schülern bei Suchtproblemen beizustehen.

Beide Aktivitäten wurden extern evaluiert und in beiden Bereichen zeigten sich überwiegend günstige Ergebnisse.

- Gruppe Sexualprävention

Zielgruppen dieser Präventionseinheit sind in erster Linie Frauen und Mädchen. Eine Beamtin ist zur Zeit als Spezialistin tätig und schult weitere BeamtInnen, die ebenfalls in diesem Bereich aktiv sein werden. Die Stärkung des Selbstbewusstseins von Frauen sowie die Organisation von Selbstverteidigungskursen bildet das Tätigkeitsfeld. 2002 wurden Veranstaltungen in 63 Wiener Schulen durchgeführt, dazu kommen Meetings mit Eltern und Lehrern.

### **Kontaktbeamte (KOBs)**

Dieser Typus von Präventionsbeamten wurden seitens der Bundespolizeidirektion Wien (BPD- Wien) im Jahr 1977 eingeführt und bildete die Nachfolge der Rayonsbeamten, die im Zuge der Motorisierung nicht länger „ihren“ Rayon zu Fuß betreuten. 1984 kamen Jugendkontaktbeamte mit der Aufgabe hinzu, Kontakte mit Jugendlichen „in Schwierigkeiten“ aufzunehmen. Bis zum Sommer 2003 waren von den rund 5.500 Wiener SicherheitswachebeamtInnen (das sind uniformierte PolizistInnen) ca. 300 auch als KOBs tätig. Das bedeutete, dass sie ihre Arbeit als Kontaktbeamte freiwillig mit dem Ziel verrichteten, die „Solidarität, Toleranz und Humanität“ in der Gesellschaft zu befördern (aus einem Dienstbefehl des Generalinspektorates der BPD-Wien). Diese Ziele sollen durch Gespräche mit BürgerInnen im Rayon über Alltags- wie Fachfragen, die die Kriminalprävention betreffen, erreicht werden. Weiters zählt zu ihren Aufgaben, präventionsorientierte Veranstaltungen zu organisieren, bzw. sie zu besuchen, Kooperationen zu einschlägigen Organisationen – wie etwa den KBD – aufzubauen und zu pflegen sowie insgesamt Informationen zu sammeln, die die Tätigkeit der Wiener Polizei verbessern und bürgernäher gestalten.

Seit dem in Kraft treten der Polizeireform in Wien im Sommer 2003 sind alle Sicherheitswachebeamte zugleich auch als Rayonsinspektoren tätig. Wien ist in 1750 Rayons aufgeteilt in denen rund 2.500 PolizistInnen ihren Dienst versehen.

Die KOBs hatten keine besondere Ausbildung durch den Dienstgeber, die Rayonsinspektoren sollen dem Vernehmen nach künftig für ihre präventive Tätigkeit auch geschult werden. Dokumentationen wie auch Evaluationen der verschiedenen Tätigkeiten existieren derzeit nicht, über die Evaluation der Tätigkeit der neuen Rayonsinspektoren wird zur Zeit in der BPD-Wien nachgedacht.

In unserem Forschungsprojekt wird sehr deutlich, dass das KOB-Projekt (wie auch andere, durch eine vergleichbare Philosophie inspirierte Projekte) vor allem polizeiintern von Beginn an kritisiert wurde. In der Literatur wie auch in den durch uns durchgeführten Interviews finden sich etwa folgende Kritikpunkte: es existiere kein Konzept für Community Policing in Wien (wie in Österreich), wodurch das KOB-Projekt nicht genügend professionell durchgeführt werde; auch Erfahrungen von KOBs belegen, dass ihre Tätigkeit innerhalb der Polizei umstritten blieb, die kommunikative Kompetenz in der Polizei wenig Prestige besitzt; berichtet wird weiters, Präventionsarbeit durch KOBs

schlage sich in der Bewertung der Tätigkeit durch den Dienstgeber nicht nieder; die zentralistische Struktur der Polizei lasse erfolgreiches Community Policing nicht zu; schließlich wird auch darauf hingewiesen, dass insgesamt die Motivation in der Wiener Polizei für präventive im Verhältnis zu repressiven Tätigkeiten nicht hoch sei.

Wenn wir die Tätigkeiten des Kriminalpolizeilichen Beratungsdienstes und jene der Sicherheitswache unter dem Gesichtspunkt ihrer präventiven Aktivitäten zusammenfassen, so gelangen wir zum Ergebnis, dass der Kriminalpolizeiliche Beratungsdienst polizeiintern weniger umstritten ist als jene der KOBs, dass diese durch weniger organisatorische Brüche und Neuanfänge gekennzeichnet ist als diese, dass aber insgesamt Kriminalprävention in der Wiener Polizei im Sinne einer geplanten Tätigkeit und Zuständigkeit einen erstaunlich niedrigen Stellenwert besitzt<sup>2</sup> – ein Umstand, der auch in anderen Einrichtungen sichtbar wird, wie sich im weiteren erweisen wird.

## **Städtische Organisationen**

### *Drogenbereich*

#### **Fonds Soziales Wien**

Der Fonds ist ein gemeinnütziger Verein, in dem u.a. alle Aktivitäten in Sachen Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe der Stadt Wien gebündelt werden. Die gemeinnützigen Zielsetzungen beinhalten: die Verbesserung der Gesundheit und des Gesundheitsbewusstseins der Bevölkerung; primäre, sekundäre und tertiäre Suchtprävention; medizinische, psychische und soziale Beratung, Behandlung und Betreuung von Suchtgefährdeten und Suchtkranken und die Rehabilitation und gesellschaftliche Integration von Suchtgefährdeten und Suchtkranken.

#### **a/ Institut für Suchtprävention**

Das Institut für Suchtprävention (ISP) ist im Fonds Soziales Wien für die Koordination und Qualitätssicherung der Suchtprävention in Wien verantwortlich und beschäftigt acht Mitarbeiterinnen. Eine Zielsetzung beinhaltet die Förderung der Elternkompetenz in Bezug auf Suchtprävention sowie die Einbindung der Eltern in ein regionales suchtpäventives Netzwerk.

Die Evaluation von suchtpäventiven Konzepten ist im Aufbau.

#### **b/ CONTACT**

Im Rahmen des Spitalsverbindungsdienst CONTACT werden drogensüchtige Patienten in den Spitälern von fünf Sozialarbeiterinnen zusammen mit der Leiterin betreut. Die Aufgabe des Teams besteht darin für drogensüchtige Patienten eine Zukunftsperspektive zu entwickeln; Kommunikation mit anderen Institutionen aufzubauen; sich um rechtliche Fragen, Privat- und Wohnungsangelegenheiten zu kümmern; und Klienten bei Behörden- und Gerichtswegen zu begleiten. Der Tätigkeitsbereich von CONTACT richtet sich auch an Bedienstete des jeweiligen Krankenhauses um diese über Drogensucht zu informieren. Die Arbeit des Teams kann unter anderem als erfolgreich betrachtet

---

<sup>2</sup> Dieser Trend spiegelt sich daher in der organisatorischen Eingliederung der Prävention in der Bundespolizeidirektion Wien wieder; es existiert zum Beispiel nur ein Referat, das für Prävention zuständig ist.

werden, wenn Drogensüchtige nach ihrer Entlassung nicht mehr rückfällig werden und wenn die Akzeptanz der Krankenhausbediensteten gegenüber Drogensüchtigen gesteigert wird. Um die sozialarbeiterische Betreuung von substanzabhängigen Patienten im Wiener Allgemeinen Krankenhaus zu verbessern, wurde seitens CONTACT das Projekt „Drogensozialarbeit des Fonds Soziales Wien im AKH“ entwickelt.

Drug-addicts@work schließlich ist eine Entwicklungspartnerschaft des Fonds, bestehend aus insgesamt 13 Organisationen. Mit diesem Netzwerk soll einer Diskriminierung von (Ex-) DrogenkonsumentInnen auf dem regulären Arbeitsmarkt entgegengewirkt, sowie neue Maßnahmen der Reintegration erprobt werden.

#### **c/ Institut für Suchtdiagnostik**

Das Institut für Suchtdiagnostik (ISD) wurde im Jahre 2001 als Kompetenzzentrum für die Begutachtung von Suchtgefährdeten und Suchtkranken aufgebaut. Darüber hinaus ist das ISD Informationsstelle für alle Fragen des Suchtmittelmissbrauchs, der Substitutionstherapie und der Behandlungsmöglichkeiten Suchtkranker in Wien. Erwähnenswert ist noch, dass seit Ende des Jahres 2002 der erste einheitlich dokumentierte KlientInnenjahrgang im Rahmen des Wiener Dokumentationssystem abgeschlossen wurde.

#### **d/ Informationsstelle für Suchtprävention der Stadt Wien**

Die Informationsstelle für Suchtprävention der Stadt Wien wird in diesem Zusammenhang deswegen erwähnt, weil sie eine Anzahl verschiedener Präventionsstrategien aufweist. Der Zugang zur Prävention ist nicht auf den Bereich der Kriminalprävention beschränkt, sondern lässt auch genügend Spielraum für Themen wie Gesundheit und Sozialpolitik. Das Programm dieser Stelle beschränkt sich auf primäre Suchtprävention und beinhaltet ein Informationsservice für interessierte Laien und Experten. Die Zielgruppen umfassen Lehrer, Sozialarbeiter, Krankenschwestern, Firmenmanager und Elternräte. Weiters werden regelmäßig Workshops und Informationsabende organisiert und eine Spezialbibliothek einschließlich einer Videothek stehen interessierten Personen zur Verfügung.

Es gibt noch eine Vielzahl anderer ambulanter Einrichtungen und Projekten zur Integration und Rehabilitation, Beratung, Behandlung und Betreuung von Suchtgefährdeten und Suchtkranken, wie zum Beispiel das Ambulatorium für Suchtkranke, das Anton-Proksch- Institut Kalksburg, DIALOG oder die Drogenberatungsstelle CHANGE.

Abschließend muss noch hinzugefügt werden, dass der Zuständigkeitsbereich für Suchtprävention auf nationaler Ebene beim Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen<sup>3</sup> und dem Bundesministerium für Inneres<sup>4</sup> liegt.

#### **e/ Team Focus**

Team Focus, bestehend aus vier MitarbeiterInnen aus den Bereichen der Sozialarbeit und Sozialpädagogik, bildet gleichfalls eine Abteilung des „Fonds Soziales Wien“. Seit zehn Jahren ist dieses Diagnostikteam als Beobachter von Problemgruppen im öffentlichen Raum tätig. Auftraggeber können sowohl der Fonds Soziales Wien sein, als

---

<sup>3</sup> Das Bundesministerium für Soziale Sicherheit und Generationen ist zuständig für Suchtprävention bezüglich der öffentlichen Gesundheitspolitik und medizinischer Betreuung.

<sup>4</sup> Das Bundesinnenministerium beschäftigt sich hauptsächlich mit Kriminalprävention.

auch Politiker aller im Stadtrat vertretenen Parteien oder Bezirksvorsteher der 23 Wiener Bezirke. Das Team ist für Wien zuständig und hat die Aufgabe, geeignete Information zu sammeln, um eine schnelle und passende Reaktion auf soziale Probleme zu gewährleisten. Das Tätigkeitsfeld beinhaltet die Dokumentation und Interpretation von Konflikten in Parks, U- Bahn- und Bahnstationen und generell im öffentlichen Raum.

### Jugendbereich

#### **a/ Verein Wiener Jugendzentren**

Der Verein Jugendzentren der Stadt Wien ist ein gemeinnütziger Verein mit 250 Beschäftigten. Er betreibt 30 Jugendzentren und übernimmt öffentliche Aufgaben in den Bereichen: Offene Kinder- und Jugendarbeit in Jugendzentren und Jugendtreffs, Mobile Jugendarbeit, Gemeinwesenarbeit und Kurszentren. Die primäre Zielgruppe sind in Wien lebende Jugendliche. Im Rahmen der Gemeinwesenorientierung richten sich deren Angebote auch an Kinder und Erwachsene, insbesondere Frauen. Das Ziel des VJZ ist Kindern und Jugendliche dabei behilflich zu sein einen anerkannten Platz in der Gesellschaft zu finden. Der Verein Wiener Jugendzentren verfügt über umfassende Dokumentationsmaterialien bezüglich seiner Aktivitäten.

#### **b/ Neustart**

Im Anschluss an den Bereich der Jugendarbeit wird der Verein Neustart behandelt, da dieser hauptsächlich mit straffälligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeitet. Der Verein Neustart hat mehrere Zweigstellen in Wien und die Haupttätigkeit besteht in der sozialarbeiterischen Betreuung straffällig gewordener Klienten. Das Motto des Vereins lautet:“ Hilfe schafft Sicherheit“. Der Verein sieht seinen Tätigkeitsbereich als tertiär präventiv, ohne jedoch die eigene Tätigkeit zu evaluieren.

### Gewaltbereich

#### **a/ Männerberatung**

Die Männerberatung ist ein gemeinnütziger Verein, der drei verschiedene Einrichtungen unter einem Dach beherbergt: eine Beratungsstelle, die kostenlose und anonyme Unterstützung anbietet, eine Therapiegemeinschaft für Männer, die längerfristig Hilfestellung gewährleistet und eine Informationsstelle für Männer, die Kurse für Jugendliche und Männer anbietet, Tagungen organisiert und sich mit Fragen der Gewalt und des sexuellen Missbrauchs beschäftigt.

Der für diese wissenschaftliche Untersuchung besonders interessante Aufgabenbereich dieser Beratungsstelle beinhaltet die Thematik der Gewaltprävention. Jedes Jahr sind ungefähr 200 bis 300 Männer in Gewalttherapie. Ebenso wird Gewaltprävention auch mit männlichen Jugendlichen betrieben, wobei die Stärkung eines positiven Selbstgefühls, die Überwindung von Sprachlosigkeit und blindem Aufbegehren das Ziel sind. Das Spektrum der Mitarbeiter der Männerberatung umfasst einen Psychologen, fünf Psychotherapeuten, einen Sozialarbeiter und fallweise einen Juristen.

#### **b/ Wiener Interventionsstelle**

Die Wiener Interventionsstelle basiert auf dem *Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie* und ist Teil der Reform, die zur Unterstützung von Opfern von Gewalttaten

durchgeführt wurde. Die Stelle beschäftigt neun MitarbeiterInnen mit verschiedener Qualifikation. Die Kontaktaufnahme mit der Interventionsstelle geschieht entweder durch die Opfer (hauptsächlich Frauen) selbst, nachdem eine Polizeiintervention stattgefunden hat, oder durch die MitarbeiterInnen der Interventionsstelle, die die Opfer aktiv kontaktieren. Die Opferunterstützung umfasst Rechtshilfe, Therapie, Hilfe und Unterstützung bei Kontaktaufnahme mit der Polizei, den Gerichtshöfen oder anderen Behörden, und weitere Maßnahmen, die Frauen in ihrer Identität stützen.

Im Jahre 2002 gab es insgesamt an die 1500 KlientInnen.

Auf Grund geringer finanzieller Ressourcen ist die Evaluation der Leistungen der Wiener Interventionsstelle nicht durchführbar.

### **Privater Sicherheitsmarkt**

Im Jahre 2003 gab es in Österreich an die 200 aktive Bewachungsfirmen und Detekteien mit einem Umsatz von etwa 195 Millionen Euro. Das ist ein relativer kleiner Betrag verglichen mit dem Gesamtbudget des Innenministeriums, welches sich auf 1,6 Milliarden Euro beläuft. Insgesamt arbeiten an die 6770 Leute als private SicherheitsbeamtenInnen und weitere 350 Personen sind in der Administration tätig, dem gegenüber arbeiten rund 32.000 Personen im Jahr 2003 als PolizistInnen in Österreich.

Österreich gehört europaweit zu der Gruppe von Ländern, die pro 100.000 Einwohner eine deutlich höhere Anzahl an PolizistInnen beschäftigen als an privaten SicherheitsbeamtenInnen. Zu dieser Gruppe zählen auch Italien, Griechenland oder Belgien. Am anderen Ende des Spektrum befinden sich Länder wie Polen, Ungarn oder Tschechien (außerhalb der EU, die U.S.), in denen die Anzahl von Angehörigen von Sicherheitsunternehmen höher ist als jene der Polizei.

### **Die Organisationen vor Ort**

#### *Jugendbereich*

##### **a/ Jugendzentren**

Im Laufe dieser Unersuchung wurden drei Interviews mit VertreterInnen von verschiedene Wiener Jugendzentren durchgeführt, die in den Untersuchungsgebieten liegen: die Jugendzentren Rennbahnweg und Nautilus und der Verein Bassena. Der Schwerpunkt dieser Zentren liegt im Bereich der sozialen Integration von Kindern und Jugendlichen, die hauptsächlich, aber nicht ausschließlich benachteiligten Bevölkerungsgruppen angehören. Die Tätigkeitsfelder beinhalten: Betreuung bei Lernproblemen, medizinische und psychologische Unterstützung, freizeitpädagogische Angebote, geschlechtsspezifische Arbeiten, Projekt und Themenzentrierte Aktionen, Berufsfindungs- und Berufsinformationstätigkeiten und Konfliktmoderation. Viele dieser Freizeit- und Sportaktivitäten haben den Zweck eine alternative, sichere und aktive Art der Freizeitgestaltung zu fördern. Die Aufgabengebiete des pädagogischen Teams beinhalten, die Förderung der Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung, die Erweiterung von Handlungsalternativen und Entwicklung neuer Perspektiven, Förderung der Kommunikations- und Kooperationsfähigkeiten und Hilfestellung bei der Bewältigung sozialer Probleme.

Die meisten Projekte sind situations- und anlassbezogen, stetige Programme für Kriminalprävention gibt es nicht.

Auffallend, im Vergleich zu anderen Organisationen, ist die umfassende und genaue Dokumentation der Projekte.

#### **b/ Kindertagesheim Floridsdorf**

Dieses Kindertagesheim beinhaltet die Betreuung von Kindern bis zum Alter von fünfzehn Jahren. Ein Grossteil der Klienten sind Kinder von Migranten, sozialbedürftige und problematische Kinder und Kinder mit Behinderungen. Das Präventionsprogramm ist Teil des üblichen Lehrplans und variiert gemäss der Nachfrage und den Notwendigkeiten. Generell jedoch umfassen die Programme Gewalt- und Drogenprävention und greifen auch Themen rund um jugendliche Sexualität auf.

#### **c/ Hauptschule Floridsdorf**

Die Aktivitäten dieser Hauptschule variieren nicht sonderlich von jenen der Jugendzentren und des Kindertagesheims in Bezug auf die Zielgruppe, den Interventionslevel und die Zielsetzung. Die Schule hat mehrere Kernthemen: Drogen, sexuelle Gewalt, AIDS Prävention, generelle Gewalt und Gewalt gegen Migranten. Diese Schwerpunkte sind wiederum Teil des Lehrplanes und die Häufigkeit und Intensität variieren gemäss der Nachfrage.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die meisten Präventionsprojekte in das generelle Erziehungsprogramm oder den Ethikunterricht fallen und somit zum normalen Lehrplan gezählt werden können. Das ist auch ein Grund, weshalb kein extra Budget für Kriminalpräventionsprojekte vorhanden ist und weshalb es schwierig ist den Aufwand für Kriminalpräventionsprojekte zu dokumentieren.

#### *Gebietsbetreuung, Nachbarschaftszentrum und Bewährungshilfe*

##### **a/ Gebietsbetreuung**

Vier verschiedene Zentren wurden hier interviewt: die Gebietsbetreuungen Donaustadt, Floridsdorf, Leopoldstadt und die Außenstelle Stuwerviertel. Die Zielsetzung der Gebietsbetreuung der städtischen Wohnhausanlage ist, Beschwerden und Wünsche, für die Wiener Wohnen als Hausverwaltung nicht unmittelbar zuständig ist, zu bearbeiten. Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bilden: allgemeine Beratung und Betreuung von Bewohnern, Beratung zur Verbesserung der Wohnsituation und des Miteinanderlebens durch Mediation bei Interessenkonflikten. Weitere Tätigkeiten können als Gemeinwesen- und Vernetzungsarbeit, als Stadtteilarbeit, bzw. Stadtteilmanagement, als Beitrag zur Verbesserung der allgemeinen Wohnsituation, des Wohnumfelds städtischer Wohnhausanlagen und der sozial-kulturellen Infrastruktur bezeichnet werden. Generell zählt die Erarbeitung von Vorschlägen für die Verbesserung von Wohnbedingungen im Stadtteil zu den Aufgaben der Gebietsbetreuungen.

##### **b/ Nachbarschaftszentrum Rennbahnweg**

Das Nachbarschaftszentrum ist Teil des Wiener Hilfswerkes. Das Wiener Hilfswerk ist ein sozialer „non-profit“ Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat Menschen in Not oder ältere Menschen zu unterstützen. Das Service des Zentrums beinhaltet Rechts-, Gesundheits-, Sozial- und andere pädagogische und psychologische Beratungen. Hinzu kommen Gruppenangebote, wie Spiel- und Bastelnachmittage, Gedächtnistraining für

ältere Menschen, Straßenfeste und Flohmärkte. Das Tätigkeitsspektrum beinhaltet auch die Streitschlichtung zwischen Nachbarn. Die Mitarbeiter setzen sich aus einer Krankenschwester, zwei Sozialarbeitern und einer Leiterin zusammen.

#### **c/ Integrationsfonds- Außenstelle**

Diese Organisation ist spezialisiert auf die Integration von Immigranten. Die Hauptaufgaben sind: Rat und Unterstützung bei sozialen Anliegen und Problemen (Armut, Arbeitsprobleme, Beschaffung von Wohnungsraum), Beratung und Betreuung in rechtlichen Belangen.

#### **d/ Außenstelle Bewährungshilfe Verein Neustart**

Diese Außenstelle hat dieselben Zielsetzungen wie die bereits vorhin erwähnte Stelle im Kapitel über städtische Organisationen. Die Aufgaben beinhalten: Bewährungshilfe und ambulante Betreuung, Opferhilfe, Verbindungsdienste zu Justizanstalten und Vermittlung gemeinnütziger Leistungen. Evaluationen sind auch hier nicht vorhanden.

### **IV. Zusammenfassende Bemerkungen**

- Der Stellenwert von Kriminalprävention ist weder innerhalb der untersuchten Organisationen noch aus Sicht der Wiener Bevölkerung groß. Eine öffentliche Diskussion oder eine fach- oder organisationsinterne Auseinandersetzung zu diesem Thema ist nur vereinzelt zu registrieren aber kein wichtiges Thema. Einzelpersonen und Einzelinitiativen innerhalb der Polizei (BPD Wien) und auch einzelner städtischer Organisationen versuchen (teilweise seit Jahren) die Präventionsperspektive durch großen persönlichen Einsatz zu stärken, haben jedoch diesbezüglich mit Status- und/oder auch mit Budgetproblemen zu kämpfen. Die Einbindung der Wohnbevölkerung in Präventionsaufgaben, wie auch die Nachfrage seitens der Bevölkerung nach Kriminalprävention ist in Wien kulturfremd.
- Auch politische Kampagnen der FPÖ zum Thema (Fremden-)Kriminalität hatten keine nachhaltigen Auswirkungen auf unser Thema. Wie aus anderen Studien bekannt ist, ist auch in Wien eine nicht unerhebliche Skepsis und auch Ablehnung gegenüber zuwandernden Menschen festzustellen. Zur Zeit ist jedoch die Verbindung zwischen Kriminalitätsängsten und der Angst vor Fremden nur schwach ausgeprägt.
- Bemerkenswert ist auch der Umstand, dass auf allen von uns untersuchten Ebenen die Evaluation kriminalpräventiver Tätigkeiten/Initiativen nur sporadisch erfolgt. Der Kriminalpolizeiliche Beratungsdienst im Bereich der Eigentums- wie Suchtprävention und Tätigkeiten im Rahmen des Fonds Soziales Wien bilden die Ausnahme.
- Der „defensive Charakter“ von kriminalpräventiven Aktivitäten ist ein weiteres Kennzeichen der Wiener Situation. Langfristige Planung von präventiven Projekten, anstelle anlassbezogener Initiativen, die von mehreren Organisationen getragen und durchgeführt werden, ist in Wien praktisch unbekannt. Das Kontaktbeamtenprojekt (und etwa das Projekt VIPER der Wiener Polizei) verstehen sich als Präventionsprojekte, konnten aber die Kultur der Wiener Polizei nicht nachhaltig beeinflussen. Ob die neuen „Rayonsinspektoren“ dies zu

- nachhaltig beeinflussen. Ob die neuen „Rayonsinspektoren“ dies zu verändern vermögen, wird sich weisen.
- Es gibt auch Widerstand gegen Präventionskonzepte und überhaupt gegen die einschlägige Begrifflichkeit im Bereich städtischer Jugendarbeit. Prävention rücke, so die Begründung, Jugendlich in die Nähe von Kriminalität und es würde durch die Installierung derartiger Projekte auch der Gedanke Verbreitung finden, Jugendliche seien eine Bevölkerungsgruppe, die besonders zur Kriminalität neige.
  - Präventionsaktivitäten z.B. in Schulen oder auch Jugendzentren zeichnen sich durch ihr wohlfahrtsstaatliches Verständnis aus. Schüler und Jugendliche sind in ihrer Identitätsentwicklung zu unterstützen, die Organisationen fühlen sich für die Entwicklung der ihnen anvertrauten Jugendlichen verantwortlich. Vielfach handelt es sich um allgemeine Erziehungsprogramme mit kriminalpräventiven Komponenten. Zwischen Täter und Opfer als Zielgruppe wird oftmals nicht unterschieden. Die Selbsteinschätzung in den Organisationen über die kriminalpräventive Wirkung ihrer Tätigkeiten ist unsicher oder als Thema nebensächlich. Systematisch gesehen bewegen sich diese Initiativen vornehmlich im Bereich der Primärprävention. Teilweise ist auch die Wiener Kriminalpolizei durch ihre Aufklärungstätigkeit über Drogen und Drogenkonsum in Wiener Schulen ebenso eingebunden wie der Fonds Soziales Wien.
  - Insbesondere im Drogen- wie auch im Gewaltbereich sind die hier untersuchten Organisationen hauptsächlich im Tertiärbereich angesiedelt. Auch darin zeigt sich die wohlfahrtsstaatliche Orientierung. Die Klienten sind durch entsprechende professionelle Maßnahmen zu unterstützen um nicht weiter deviant zu handeln.
  - Die schwach ausgeprägte Präventionsphilosophie innerhalb der Wiener Polizei passt in dieses Bild des „strafenden Wohlfahrtsstaates“. In diesem Konzept ist die Polizei (das staatliche Gewaltmonopol) zuständig und verantwortlich für die Bekämpfung von Kriminalität und die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit, ohne diese Zuständigkeit an private Sicherheitsfirmen oder an die Zivilgesellschaft zu delegieren. Das ist in Wien (und in Österreich) eindeutig zur Zeit der Fall. Der vergleichsweise schwach entwickelte Sicherheitsmarkt in Wien und Österreich ist eine Folge davon.
  - Hinsichtlich der in Österreich tätigen Sicherheitsunternehmern ist festzuhalten, dass auch sie in den letzten Jahren ökonomische Zuwächse verzeichnen konnten, dass ihre Bedeutung insbesondere bei der Herstellung öffentlicher Sicherheit im europäischen Vergleich jedoch gering ist. Österreich zählt zu jenen Ländern, in denen die Anzahl von Angehörigen von Sicherheitsunternehmen deutlich geringer ist als jene von Polizei und Gendarmerie.
  - Am Schluss wollen wir noch ein paar Überlegungen anstellen, was diese Ergebnisse für die eingangs skizzierten Hypothesen bedeuten können. Auch die österreichische und insbesondere die Wiener Gesellschaft ist den Auswirkungen von Globalisierung und Individualisierung ausgesetzt. Gleichwohl wirken sich diese Entwicklungen bislang nicht in einem dramatischen Anstieg von Kriminalität aus. (Gleichwohl sind in einigen Feldern der Vermögenskriminalität und beim Delikt des Raubes auch in Wien erhebliche Steigerungen in den letzten beiden Jahren zu erkennen). Das ist ein Grund, warum wenig von Kriminalprävention die Rede ist. Alle Organisationen, die sich mit Kriminalität direkt oder indirekt

beschäftigen kommen von dieser Seite (noch?) nicht unter Druck, neue Wege in ihrem Umgang mit Kriminalität zu gehen. Stark steigende Kriminalität führt, wie Beispiele in anderen EU-Ländern zeigen, zu Innovationsdruck seitens dieser Organisationen und die Entwicklungen in Amsterdam aber auch in Krakau demonstrieren, dass verschiedenste Formen und Ebenen von Präventionsprogrammen die Antwort sind. Zum anderen ist es bisher der Wiener Administration wie auch der Polizei gelungen, ein erhebliches Maß an Vertrauen in der Wohnbevölkerung zu erhalten. Aus diesem Grund gibt es keine „Lücken des Vertrauens“, die zur Zeit durch Präventionsprogramme zu schließen wären. Auch dies ist kein Nährboden für das Aufkommen von Prävention. Außerdem erscheint das Netz und die Leistung der zivilgesellschaftlichen wie städtischen Organisationen und Initiativen zusammen mit staatlichen Institutionen ausreichend dicht und stabil, um Orientierung und auch ein Stück Sicherheit zu schaffen. In diese Richtung gehen auch die quantitativen empirischen Ergebnisse, die in Work Package zwei vorgelegt werden. Schließlich behauptet und verteidigt bislang die Wiener wie die Österreichische Polizei ihr Gewaltmonopol in hohem Maße. Die ausgedehnte „Public-Private-Partnership“, wie wir sie vor allem in Großbritannien kennen, ist in Wien wenig entwickelt. Die Erfahrung zeigt, dass die Vermischung von privaten zusammen mit öffentlichen Sicherheitsorganisationen zu vielerlei Formen von Präventionsprogrammen und Ansätzen führt. Abschließend sei noch angemerkt, dass die geringe Bedeutung von Kriminalprävention in Wien atypisch für zahlreiche europäische großstädtische Gesellschaften ist. Es ist jedoch festzuhalten, dass sowohl die repressiven wie auch die wohlfahrtsstaatlichen Komponenten seitens des Staates, der Kommune und der Organisationen sowie Initiativen vor Ort in den Stadtteilen im Ergebnis erfolgreich sind. Als Erfolg ist das vergleichsweise hohe und stabile Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, der Vertrauen in die Verwaltung der Stadt Wien und die (mit Einschränkungen) moderate Kriminalitätsentwicklung zu bezeichnen. Wien ist eine relativ sichere Stadt und die große Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner bringt dies auch auf vielen Ebenen in ihrem Erleben zum Ausdruck. Man könnte vielleicht auch von einem erheblichen Präventionsdunkelfeld in Wien sprechen dessen Umfang, wie bei Dunkelfeldern üblich, jedoch nicht bekannt ist.